



PRESSEMITTEILUNG

30. Juni 2022

Petition zur Hochwasserfreilegung der Staatsstraße 2062 zwischen Murnau und Ohlstadt wurde im Bayerischen Landtag behandelt.

Im Bayerischen Landtag wurde eine Petition behandelt, die zum Ziel hatte, das bereits laufende Vergabeverfahren für die Straßenbauarbeiten zur Hochwasserfreilegung der Staatsstraße 2062 östlich von Murnau zu stoppen.

Die Eingabe wurde am 21. Juni im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr behandelt und abgelehnt.

„Ich freue mich, dass sich der Ausschuss der Sichtweise des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr angeschlossen hat, wonach durch die Anhebung dieser wichtigen Ost-West-Verbindung künftig die wegen Hochwasser verursachten Sperrungen vermieden und auch bei Hochwasser die direkte Anbindung der überregional bedeutsamen Murnauer Unfallklinik gewährleistet werden können.“, so der Landtagsabgeordnete Harald Kühn.

Hinsichtlich des im Zuge des Projekts geplanten straßenbegleitenden Geh- und Radweges wurde betont, dass durch die Ausbaumaßnahme zudem die Verkehrssicherheit für Radfahrer entscheidend verbessert werde.

Die Regierung von Oberbayern hat am 9. September 2021 den Planfeststellungsbeschluss für das Projekt erlassen. Nachdem keine Klage gegen den Beschluss eingereicht wurde, besteht seit 20. Oktober 2021 vollziehbares Baurecht. Das Staatliche Bauamt hat daraufhin Ende Oktober 2021 bereits mit ersten bauvorbereitenden Rodungsarbeiten begonnen. In diesem Jahr sind weitere Vorwegmaßnahmen geplant. Die Hauptbautätigkeit ist im Jahr 2023 vorgesehen.

Das Staatliche Bauamt hat von seinem Baurecht für das Projekt Gebrauch gemacht und die Straßenbauarbeiten in einem europaweiten Verfahren öffentlich ausgeschrieben. Die Submission der eingegangenen Angebote

**Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München**

**Telefon: (089) 4126 – 2333
Telefax: (089) 4126 – 1333**

**Stimmkreisbüro
Sonnenstraße 46
82380 Peißenberg**

**Telefon: (08803) 900 – 8722
Telefax: (08803) 900 – 8723**

**harald.kuehn@csu-mdl.de
www.harald-kuehn.de**

fand am 10. Mai 2022 statt. Die Vergabe der Bauarbeiten wurde nur aufgrund der Petition zurückgestellt und soll nun zeitnah erfolgen.

„Es ist überaus erfreulich, dass dieses sehr wichtige Projekt nach der grundsätzlichen Zusage des damaligen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, im Jahre 2013 zum Abschluss gebracht werden kann“, so Harald Kühn abschließend.